

KEINE MIGRATIONSPOLITISCHE DEUTUNG

Was SPD und Grüne in der Stadtbild-Debatte vorschlagen

Statt migrationspolitischer Rhetorik setzen beide Parteien auf soziale Teilhabe, kommunale Entlastung und ökologische Stadterneuerung.

Johannes Schirrmeister

03.11.2025 03.11.2025, 16:25 Uhr



„Wir sind die Töchter“-Kundgebung in Berlin vor der CDU-Zentrale
Carsten Thesing/imago

Nach den umstrittenen Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zu einem „problematischen Stadtbild“ haben SPD und Grüne eigene Konzepte für lebenswertere, sicherere Städte präsentiert. Beide Parteien reagieren damit auf die anhaltende Debatte über Verwahrlosung, Unsicherheit und soziale Spaltung in urbanen Räumen. Dabei setzen beide auf Prävention, soziale Infrastruktur und finanzielle Stärkung der Kommunen statt migrationspolitischer Deutung.

SPD will Sicherheit durch sozialen Zusammenhalt stärken

Ein Kreis um den SPD-Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic aus Hannover fordert in einem Acht-Punkte-Plan ein „soziales, sicheres und solidarisches Stadtbild“. Zentrale Idee: Sicherheit entsteht durch gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch Abschottung. Die [SPD](#) setzt im Detail auf aufsuchende Sozialarbeit und eine abgestimmte Präsenz von Polizei, Ordnungsdiensten und Sozialarbeitern als sogenannten Streetworkern.

Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten könne das Sicherheitsgefühl stärken,

müsse aber rechtsstaatlich kontrolliert bleiben, heißt es in dem Beschluss. Frauen und Seniorinnen sollen sich durch bessere Beleuchtung und sichere Wegekonzepte im öffentlichen Raum freier bewegen können.

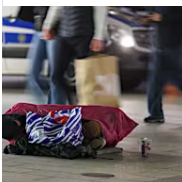
Gleichzeitig will die SPD die Wohnungslosigkeit bis 2030 überwinden und setzt dabei auf das Konzept „Housing First“, wie sie schreibt. Dabei sollen betroffene Menschen zuerst eine dauerhafte Wohnung erhalten, bevor sie mit sozialer Betreuung und individuellen Hilfen unterstützt werden. Dieser Ansatz ermögliche es den Betroffenen, in einem sicheren Umfeld wieder Stabilität zu erlangen, was die Grundlage für die Bewältigung weiterer persönlicher Herausforderungen schaffe, heißt es.

Das Prinzip Housing First gelte als besonders wirkungsvoll, da es die traditionelle Praxis umkehrt, erst soziale „Wohnfähigkeit“ nachzuweisen, bevor Wohnraum vermittelt wird. Die SPD plant, dieses Modell flächendeckend auszubauen und langfristig zu verankern, um nachhaltige Perspektiven für Wohnungslose zu schaffen.



„Im Osten Deutschlands gibt es Orte...“: Özdemir spricht bei Miosga über Stadtbild und Rassismus

News heute



„Stadtbild“ als Kampfzone: Ausdruck für eine planlose, sprunghafte, undifferenzierte Politik

Geopolitik 31.10.2025



Ein weiterer Schwerpunkt liegt aus Sicht der Sozialdemokraten auf der ökologischen und sozialen Gestaltung von Innenstädten: Begrünung, Stadtsauberkeit, Wasserspender und mehr Aufenthaltsqualität sollen den öffentlichen Raum lebenswerter machen. Die SPD fordert zudem mehr Kultur- und Sportförderung, eine Stärkung der digitalen Beteiligung über Smart-City-Plattformen und ein bundesweites Baumprogramm. Städte sollten wieder Orte der Begegnung und des Vertrauens werden. Um diese Politik zu bündeln, schlagen die Abgeordneten einen „Stadtbild-Gipfel“ im Kanzleramt vor, bei dem Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Maßnahmen beschließen sollen. Die Union lehnt diesen Gipfel bislang ab und argumentiert, dass der Bundeskanzler die Problemlage bereits klar benannt habe und weitere Erörterungen nicht nötig seien.

Grüne fordern finanzielle Entlastung der Kommunen

Die Grünen haben auf die Debatte um das „Stadtbeeld“ mit einem eigenen Konzept reagiert, das auf fünf Kernbereiche abzielt. Die Partei sieht viele Probleme in den Städten als Folge der finanziellen Belastung der Kommunen. Sie fordert deshalb eine Entlastung der Städte, höhere Bundesmittel über die Umsatzsteuer und gezielte Investitionen in Infrastruktur wie Schulen, Bibliotheken oder öffentliche Plätze.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der sozialen Infrastruktur. Die Grünen schlagen vor, dass Bund und Länder stärker die Kosten für Kinder- und Jugendarbeit tragen und allen Kindern ein kostenfreies Mittagessen anbieten. Zugleich sollen Hilfsangebote für Wohnungslose, drogenabhängige oder sozial benachteiligte Menschen ausgebaut werden. Durch Streetwork, aufsuchende Sozialarbeit und geschützte Konsumbereiche solle die Situation in besonders belasteten Stadtteilen verbessert werden.

Auch Sicherheit spielt eine zentrale Rolle. Die Grünen setzen auf Prävention und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz, etwa durch mehr Personal an Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen. Zusätzlich sollen Frauen durch bessere Beleuchtung, mehr Präsenz der Polizei und ausreichende Frauenhausplätze geschützt werden. Verbale sexuelle Belästigung wie etwa Catcalling soll strafbar gemacht werden.

Auf dem Wohnungsmarkt sehen die Grünen die größten Herausforderungen in hohen Mieten, Leerstand und Spekulation. Sie wollen die Nutzung von Wohnraum besser steuern, das Wohngeld reformieren und kleinere Gewerbebetriebe durch ein Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen.

Die Grünen betonen, dass eine nachhaltige Stadtpolitik nicht nur auf Ordnung und Sicherheit setzt, sondern vor allem auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen und die strukturelle Stärkung sozialer Angebote.

Gemeinsamer Fokus auf Prävention statt Symbolpolitik

Beide Konzepte betonen, dass Stadtpolitik mehr ist als Ordnungspolitik. Während die SPD stärker auf ökologische Stadterneuerung, Teilhabe und soziale Sicherheit setzt, rücken die Grünen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen und strukturelle Gerechtigkeit in den Vordergrund. In beiden Ansätzen wird deutlich: Die Debatte um das „Stadtbeeld“ ist längst zu einer Grundsatzfrage geworden. Nämlich wie sich Lebensqualität, Sicherheit und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft gestalten lassen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.